

43
79

Union in Deutschland

Bonn, den 13. Dezember 1979

Klare Antwort an die SPD

Die aktuellen innen- und außenpolitischen Probleme — Geiselnahme im Iran, NATO-Nachrüstung, der SPD-Parteitag und das angekündigte Treffen Schmidt/Honecker — sowie die einstimmige Verabschiedung des Umweltpolitischen Programms der CDU waren die Kernpunkte der Sitzung des Bundesausschusses am 10. Dezember 1979 in Berlin.

Das Umweltpolitische Programm ist die freiheitliche Alternative zu ideologischen und staatsbürokratischen Konzepten der Umweltpolitik. Es wird von Helmut Kohl am 18. Dezember in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt werden. UiD wird in Nr. 44/45/79 die wichtigsten Teile des Programms im Wortlaut als erweiterte Dokumentation enthalten.

Zum SPD-Parteitag erklärte Helmut Kohl: Der Parteitag der SPD hat die Verschärfung der Identitätskrise der Sozialdemokraten amtlich gemacht. Die SPD hat alles dem Ziel der Machterhaltung geistig unterworfen. Sie will nur noch eines: an der Regierung bleiben. Die Frage, mit welchem Ziel die SPD regieren will, wurde auf dem Parteitag erst gar nicht gestellt. Über Perspektiven sozialdemokratischer Politik wurde nicht diskutiert.

(Weiter auf Seite 2)

Steuerentlastungs- Programm 1981

Franz Josef Strauß hat das Programm der Union für Steuerentlastungen 1981 vorgelegt.

1. Korrektur des Einkommensteuertarifs
 2. Familienkomponente
 3. Sonderausgaben
 4. Arbeitnehmerbereich
 5. Gewerbliche Wirtschaft
- Beispiele für die Auswirkungen des Programms beim Bürger

Seiten 4 bis 8

■ KOALITION

Die doppelte Moral der SPD bei der Einstellung der Hamburger Morgenpost Seite 9

■ DATENSCHUTZ

Gesetzentwurf der Union soll Bürger mehr als bisher schützen Seite 11

■ SPORT

Steuererleichterungen für Vereine — ein Erfolg der Union Seite 13

■ DOKUMENTATION

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit / Unterschiede im Grundwerteverständnis von CDU und SPD grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Gesamtangebot rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Auch beim Beschluß zur Nachrüstung blieb offen, welche Ziele die sozialdemokratische Deutschland- und Außenpolitik in den achtziger Jahren verfolgt. Gelten die Neutralisierungszusicherungen Egon Bahrs, oder will die SPD auch in den achtziger Jahren Freiheit und Sicherheit im westlichen Bündnis?

Auch beim bedingten Ja der SPD zur Nutzung der Kernenergie blieb ungewiß, ob die SPD die wirtschaftliche und soziale Zukunft durch die Soziale Marktwirtschaft sichern will, oder ob sie durch sogenannte vorausschauende Strukturpolitik die Investitionslenkung und damit Vergesellschaftung weiter vorantreiben will.

Für welche Politik wollen eigentlich die Linken in der SPD bei den Wahlkämpfen des kommenden Jahres einstehen: für ihre Überzeugungen oder für die Berliner Beschlüsse der SPD? Die starken Minderheiten, die sich selbst zehn Monate vor der nächsten Bundestagswahl der Politik der Führung verweigern, zeigen, welches Bild diese Partei in den achtziger Jahren bieten wird.

Anti-Amerikanismus — einer der gefährlichsten Bedrohungen der Welt

Einmütigkeit herrscht im Bundesauschuß darüber, daß es heute wichtiger denn je sei, Solidarität mit den Vereinigten Staaten zu beweisen. Helmut Kohl sagte hierzu:

Gerade angesichts der schwierigen Situation der amerikanischen Politik nach der Geiselnahme amerikanischer Diplomaten im Iran verlangen unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Füh-

rungsmacht des Westens Unterstützung und Loyalität.

Törichter Anti-Amerikanismus ist einer der gefährlichsten Bedrohungen der freien Welt. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, sowjetischer Propaganda zum Erfolg zu verhelfen, die die Amerikaner zu Sündenböcken für alle Probleme dieser Erde stempeln will.

Wir müssen begreifen, daß der Anti-Amerikanismus als Sprengstoff dienen soll, das Bündnis der freien Völker aufzubrechen. Die CDU wird nicht zulassen, daß die Bundesrepublik Deutschland von ihren amerikanischen Freunden getrennt wird.

Klares Ja zur Nachrüstung der NATO

Diese Anstrengungen zeigten sich auch bei der diplomatischen Offensive der Sowjetunion gegen den bevorstehenden Beschluß der NATO zur Nachrüstung im Mittelstreckenbereich. Die CDU will keinen Rüstungswettlauf, sie verlangt eine Entspannung der Situation in Europa. Wir wissen jedoch, daß eine wirkliche und tragfähige Entspannung nur dann möglich ist, wenn das Gleichgewicht der Kräfte wieder hergestellt wird.

Abrüstung dient der Entspannung nur dann, wenn sie gleichzeitig und gleichgewichtig erfolgt. Wir haben jedoch erleben müssen, daß die sowjetische Entspannungsrhetorik offensichtlich die Aufgabe hatte, das militärische Potential der Sowjetunion durch enorme Rüstungsanstrengungen zu stärken, und so das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zugunsten des Warschauer Paktes zu verändern.

Deshalb bejaht die CDU uneingeschränkt den notwendigen Beschluß

der NATO zur Nachrüstung. Gleichzeitig muß die Zeit zwischen Produktion und Stationierung dieser Waffen für Abrüstungs- und Entspannungsverhandlungen genutzt werden.

Prüfsteine für das Treffen Schmidt/Honecker

In seinem Rechenschaftsbericht beschäftigte sich Helmut Kohl auch mit der Ankündigung eines Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und SED-Chef Honecker, das dann zustande komme, wenn Schmidt sicher sei, daß es substantielle, für die Menschen fühlbare Fortschritte erbringe.

An dieser Selbstverpflichtung wird die CDU das Gesprächsergebnis und den Bundeskanzler messen. Innerdeutsche Politik ist für die CDU zu wichtig, als daß sie für Wahlkampfzwecke mißbraucht werden dürfte. Entscheidender Prüfstein für die Bewertung dieses Treffens wird sein, ob es zu konkreten Verbesserungen für die Menschen im anderen Teil Deutschlands und zu Erleichterungen im Reiseverkehr führt.

Die CDU fordert den Bundeskanzler auf, daß er das Treffen mit Honecker dazu nutzt, um die sich verschärfenden Menschenrechtsverletzungen durch das SED-Regime, wie das 3. Strafrechtsänderungsgesetz, aber auch die Schikanen gegenüber westdeutschen Journalisten zur Sprache zu bringen. Die CDU erwartet vom Bundeskanzler, von der DDR einzufordern, daß sie endlich wahr macht, was sie selbst in Helsinki unterschrieben hat.

In diesem Zusammenhang gab Helmut Kohl bekannt, daß er nicht beabsichtige, einen Brief von Gerald Götting, dem

Vorsitzenden der „Ost-CDU“, zu beantworten, in dem dieser vor dem geplanten Beschluß der NATO zur Nachrüstung warnt. Es gibt auch nicht die Spur der Gemeinsamkeit zwischen beiden Parteien, stellte der Vorsitzende fest. Die „Ost-CDU“ von heute ist ein Zerrbild der Absichten, mit denen die CDU nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone gegründet worden ist. Das einzig gleiche ist der Name.

Ohne Achtung der Menschenrechte gibt es keinen Frieden

Am 10. Dezember 1948 verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Heute, 31 Jahre danach, müssen wir feststellen, daß die Menschenrechte noch immer in vielen Ländern nicht gewährleistet sind.

Ohne die Achtung der Menschenrechte gibt es keinen Frieden und keine Sicherheit auf der Welt. Es genügt nicht, wenn die UNO in ihrer „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ darauf verweist, daß diese Deklaration „das von allen Völkern und Nationen zu erreichende Ideal sei“.

Es genügt nicht, wenn die europäischen Staaten sich in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa lediglich verpflichtet haben, die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anzuerkennen. Es genügt überhaupt nicht, nur davon zu reden, sondern die Menschenrechte müssen auch im täglichen Leben Wirklichkeit werden. Ihre Einhaltung muß garantiert sein.

■ STEUERENTLASTUNG 1981

Franz Josef Strauß legt das Programm der Union vor

Franz Josef Strauß hat am 12. Dezember auf einer Pressekonferenz das Steuerentlastungsprogramm der Union für 1981 vorgestellt, nachdem die Koalition die Initiativen der CDU/CSU im Bundesrat und Bundestag, schon für 1980 die notwendigen Steuerentlastungen zu beschließen, verhindert hat. SPD und FDP sind noch immer darüber zerstritten, welche Vorschläge sie vorlegen wollen.

Die Bundesregierung hat es geschafft, die Beratungen zum Gesetzentwurf der Union so zu verzögern, daß ein rechtzeitiges Inkrafttreten zum 1. Januar 1980 nicht mehr möglich ist, stellte Franz Josef Strauß fest. Dieses Verhalten ist aus zwei Gründen skandalös:

Zum einen, weil dadurch eine dringend notwendige steuerpolitische Initiative unterbleibt. Zum anderen, weil die Bundesregierung durch dieses Verhalten zeigt, daß sie es sich selbst nicht zutraut, Argumente zu finden, die gut genug wären, ihre ablehnende Haltung zu Steuerentlastungen im nächsten Jahr dem Bürger gegenüber zu rechtfertigen.

Weil sich unser Gesetzentwurf bewußt auf die Rückgabe der sogenannten heimlichen Steuererhöhungen beschränkt, ist der Einwand der Bundesregierung, unser Gesetzentwurf verstöße gegen das vorrangige Gebot einer

Haushaltskonsolidierung, abwegig. Wir bejahen die Notwendigkeit einer Haushaltssanierung. Nur: die hohe Verschuldung der öffentlichen Hand darf nicht über eine steigende Steuerquote, einen immer höheren Staatsanteil und über inflationsbedingte Steuermehreinnahmen abgebaut werden.

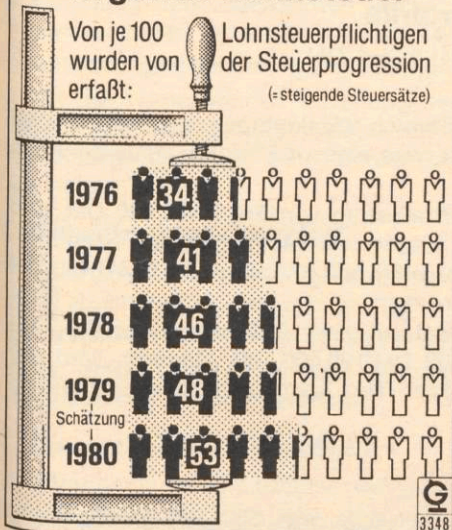
Eine Haushaltssanierung über Steuererhöhungen — seien sie offen oder verdeckt — bedeutet ein Versagen der staatlichen Finanzpolitik bei der Beseitigung der Ursachen des Defizits: Diese liegen in den Ausgabeblöcken der Haushalte, die der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium schon vor Jahren als Grund für das heutige strukturelle Defizit angesehen hat.

Ich habe mir bis heute nicht erklären können, warum eine Steuerentlastung zum 1. Januar 1980 nicht vertretbar, diese aber ein Jahr später bei einer etwa gleich hohen Zunahme des Defizits plötzlich finanzpolitisch solide sein soll. Offensichtlich brachte die Bundesregierung unser Steuerentlastungsgesetz deshalb mit einer taktischen Zeitverzögerung zu Fall, weil sie an die Qualität ihrer sachlichen Argumente selbst nicht glaubte.

Eine Regierung, die es nötig hat, zu solchen Mitteln zu greifen, hat hinsichtlich ihrer eigenen Überzeugungsfähigkeit, ihrer Glaubwürdigkeit, vor allem aber hinsichtlich des Anspruchs kraft

Ärgernis Lohnsteuer

Von je 100 wurden von Lohnsteuerpflichtigen der Steuerprogression (= steigende Steuersätze)



politischer Sachkompetenz, diesen Staat zu regieren, eine vernichtende Bankrotterklärung abgegeben.

Dieses taktische Manöver ist unehrlich: Still und leise werden von staatlicher Seite Steuermehreinnahmen eingestrichen, die dem Staat nicht zustehen, denn die heimlichen Steuererhöhungen beruhen nicht auf einem realen, sondern auf einem inflationsbedingten Einkommenszuwachs.

Die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben) wird sich im kommenden Jahr auf etwa 40% belaufen. Die von der Bundesregierung immer als Alibi für ihre angeblich solide Steuerpolitik vorgeschobene, seit Jahren in etwa gleichgebliebene Steuerlastquote von etwa 24,5% täuscht eine zu niedrige Belastung vor, weil in sie die Gesamtheit der Steuervergünstigungen eingeht, die oft nur wenigen Steuerpflichtigen zugute kommen, während die Vielzahl die Belastung um so stärker fühlt.

Außerdem gehen die steuerähnlichen Sonderabgaben für die Nebenhaushalte — wie etwa der Kohlepfennig — nicht in die Steuerquote ein.

Noch deutlicher ist die Belastung der Bürger erkennbar, wenn man die durchschnittliche Grenzbelastung betrachtet, also die Abgabenbelastung auf den Einkommenszuwachs, der im nächsten Jahr zu einem großen Teil allein Inflationsausgleich darstellen wird. Die durchschnittliche Belastung dieses Zuwachses wird etwa 50% betragen, obwohl er kaum zu einer realen Einkommensmehrung führt. Bereits bei Einkommen ab etwa 30 000 DM wird die Belastung mit Steuern und Sozialversicherung sogar über diesem Durchschnittswert von 50% liegen.

Die Bundesregierung hat nicht den Mut, dem Bürger offen zu sagen, wie stark sie ihm 1980 zusätzlich in die Tasche greift. Hätten wir nicht unser Steuerentlastungsgesetz vorgelegt, so hätte die Bundesregierung die heimlichen Steuererhöhungen einfach totgeschwiegen.

Es muß einmal klargestellt werden, daß wir nicht fordern, der Staat soll auf jegliche Steuereinnahmen verzichten. Was wir wollen, ist nur die Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen. Wäre die Bundesregierung unserem Vorschlag gefolgt, so wären 1980 immer noch stattliche Steuermehreinnahmen in Höhe von 17,8 Mrd. DM gegenüber 1979 verblieben (Steuermehreinnahmen insgesamt 24,3 Mrd. DM gegenüber 1979; vorgeschlagener Verzicht auf heimliche Steuererhöhungen in Höhe von 6,5 Mrd. DM).

Aber sagen wir es ganz offen: Es ging doch der Bundesregierung nicht darum, sachliche Steuerpolitik zu betreiben, sondern allein darum, dem Bürger in 1980 ein Wahlgeschenk rechtzeitig zu den Bundestagswahlen zu präsentieren.

Steuerentlastungsprogramm 1981

1. Korrektur des Einkommensteuertarifs

a) Entlastungsvolumen (Entstehungsjahr 1981) 8 Mrd. DM.

b) Kurzbeschreibung des Tarifs:

— Der Eingangsteuersatz im Proportionalbereich (Einkommen bis 16 000 DM/32 000 DM) wird von 22 % auf 21 % gesenkt, was einer 4,5 %igen Steuersenkung entspricht.

— Der zum 1. Januar 1978 eingeführte Tariffreibetrag von 510 DM/1 020 DM wird im Interesse der Klarheit des Tarifs und der Steuervereinfachung in den Grundfreibetrag eingebaut, der sich dadurch von 3 690 DM/7 380 DM auf 4 200 DM/8 400 DM erhöht.

— Das Schwergewicht der Tarifänderung liegt auf einer **Abflachung** der Progressionskurve im Einkommensbereich bis 60 000 DM/120 000 DM. Dadurch wird der Belastungsanstieg und damit das Wachstum der heimlichen Steuererhöhung gebremst.

2. Familienkomponente

a) Einführung eines steuerlichen Kinderfreibetrages von 300 DM je Kind und Elternteil.

b) Erhöhung des staatlichen Kindergeldes für Erst- und Zweitkinder um jeweils 20 DM/Monat, also für das erste Kind von 50 DM auf 70 DM und für das zweite Kind von 100 DM auf 120 DM.

c) Finanzvolumen der beiden Maßnahmen 5,5 Mrd. DM:

— davon steuerlicher Kinderfreibetrag 2,5 Mrd. DM;

— davon höheres Kindergeld 3 Mrd. DM.

d) Kurzbeschreibung der Maßnahmen:

— Die Familienpolitik ist einer der Schwerpunkte der Politik der Union.

— Steuerliche Kinderfreibeträge als Ergänzung des staatlichen Kindergeldes stellen das ordnungspolitisch richtige Mittel dar, die Leistungsfähigkeit der Familien mit Kindern zu erhalten.

— Die vorgesehenen Kinderfreibeträge von 300 DM je Kind und Elternteil sind nur ein erster Schritt in diese Richtung.

— Der mit dem Steueränderungsgesetz 1979 mit Wirkung ab 1. Januar 1980 eingeführte Kinderbetreuungsbetrag von bis je 600 DM je Kind und Elternteil soll daneben weitergelten.

— Die Gewährung des Kindergeldes soll nach Ansicht von CDU/CSU weiterhin **nicht** an Einkommensgrenzen gebunden werden. Einkommensgrenzen sind nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, verwaltungsmäßig kompliziert, sie stellen auch eine Einkommensverteilung in einer Weise dar, wozu der Staat nach Auffassung von CDU/CSU in einer freien und marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft nicht berechtigt sein darf.

3. Sonderausgaben

- a) Erhöhung des sogenannten Vorwegabzugs (§ 10 Abs. 3 Nr. 2 EStG) bei den Sonderausgaben von 2 500 DM/5 000 DM auf 3 000 DM/6 000 DM.
- b) Entlastungsvolumen (im Entstehungsjahr 1981) 0,9 Mrd. DM.
- c) Mit der vorgesehenen Erhöhung des Vorwegabzugs sollen in erster Linie die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Leistungen der Selbständigen für ihre Altersvorsorge (Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Rentenversicherungen u. ä.) verbessert werden.

4. Arbeitnehmerbereich

- a) Erhöhung und qualitativer Ausbau des Weihnachtsfreibetrages (§ 19 Abs. 3 EStG) zu einem Urlaubs- und Weihnachtsfreibetrag von 400 DM auf 600 DM.
- b) Entlastungsvolumen (im Entstehungsjahr 1981) 1,2 Mrd. DM.
- c) Mit dieser Maßnahme soll die steuerliche Belastung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes gemildert werden.

5. Gewerbliche Wirtschaft

- a) Übernahme der Steuerbilanzwerte für die Vermögensaufstellung.
- b) Entlastungsvolumen 1 Mrd. DM.
- c) Mit dieser insbesondere auch der Steuervereinfachung dienenden Maßnahme soll eine möglichst weitgehende Angleichung der ertragsteuerlichen und vermögensteuerlichen Wertermittlung erfolgen.

6. Zusammenstellung

a) Steuerliche Maßnahmen	in Mrd. DM
— Tarifreform	8,0
— Steuerliche Kinderfreibeträge	2,5
— Sonderausgaben	0,9
— Weihnachtsfreibetrag	1,2
— Gewerbliche Wirtschaft	1,0
	13,6
b) Transferleistungen (Kindergeld)	3,0
c) Gesamtvolumen des „Pakets“	16,6

Beispiele für die Auswirkungen des Entlastungsprogramms

Beispiel 1

Lediger Industriearbeiter (Monatseinkommen 2200 DM, 13 ×)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981

nach geltendem Recht

5046 DM (= 17,6 % des Bruttolohnes)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981

nach Unionsvorschlag

4644 DM (= 16,2 % des Bruttolohnes)

Entlastung 402 DM (= 1,4 % des Bruttolohnes oder 8,0 % der bisherigen Steuer)

Beispiel 2

Verheirateter Industriearbeiter, 3 Kinder (Monatseinkommen 3 300 DM, 13 ×)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981 nach geltendem Recht 4 678 DM (= 10,9 % des Bruttolohnes)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981 nach Unionsvorschlag 3 772 DM (= 8,8 % des Bruttolohnes)

Entlastung 906 DM (= 2,1 % des Bruttolohnes oder 19,0 % der bisherigen Steuer)

Kindergeld nach geltendem Recht (50 + 100 + 200 = 350 × 12 =) 4 200 DM

Kindergeld nach Unionsvorschlag (70 + 120 + 200 = 390 × 12 =) 4 680 DM

Höheres Kindergeld 480 DM

Steuerentlastung + höheres Kindergeld 1 386 DM (= 3,2 % des Bruttolohnes)

Beispiel 3

Verheirateter Angestellter, 2 Kinder (Monatseinkommen 4 000 DM, 13 ×)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981 nach geltendem Recht 7 817 DM (= 15,0 % des Bruttolohnes)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981 nach Unionsvorschlag 6 792 DM (= 13,0 % des Bruttolohnes)

Entlastung 1 025 DM (= 2,0 % des Bruttolohnes bzw. 13,1 % der bisherigen Steuer)

Kindergeld nach geltendem Recht (50 + 100 = 150 × 12 =) 1 800 DM

Kindergeld nach Unionsvorschlag (70 + 120 = 190 × 12 =) 2 280 DM

Höheres Kindergeld 480 DM

Steuerentlastung + höheres Kindergeld 1 505 DM (= 2,9 % des Bruttolohnes)

Beispiel 4

Verheirateter Selbständiger (Rechtsanwalt), 1 Kind (Gewinn 80 000 DM)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981 nach geltendem Recht 17 288 DM (= 21,6 % des Gewinns)

Einkommen- und Kirchensteuer 1981 nach Unionsvorschlag 15 592 DM (= 19,5 % des Gewinns)

Entlastung 1 696 DM (= 2,1 % des Gewinns bzw. 9,8 % der bisherigen Steuer)

Kindergeld nach geltendem Recht (50 DM) 600 DM

Kindergeld nach Unionsvorschlag (70 DM) 840 DM

Höheres Kindergeld 240 DM

Steuerentlastung + höheres Kindergeld 1 936 DM (= 2,4 % des Gewinns)

■ KOALITION

Die doppelte Moral der SPD

Der Schatzmeister der SPD, Friedrich Halstenberg, hat auf dem Berliner Parteitag der SPD das Scheitern der Verhandlungen um den Erhalt der „Hamburger Morgenpost“ zugeben müssen, nachdem seine Genossen offensichtlich nicht länger hinzuhalten waren. Es bedurfte dazu erst des Rücktritts des Betriebsrates und des Redaktionsausschusses der von der eigenen Partei ruinierten „Morgenpost“.

Hierzu erklärte der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses „Medienpolitik“ der CDU/CSU, MdB Christian Schwarz-Schilling: Beim NDR erweist sich die SPD als Scharfmacher — angeblich aus Sorge um die Arbeitsplätze —, obwohl die Ministerpräsidenten den Erhalt der Arbeitsplätze und die Übernahme der Mitarbeiter mehr als einmal zugesichert haben. Bei ihrem in eigener Verantwortung geleiteten Unternehmen spielt diese Tatsache offensichtlich keine Rolle.

Politischer Einfluß und Manipulation der Leser nehmen die Verantwortlichen in der SPD offensichtlich wichtiger als die soziale Verantwortung gegenüber Angestellten und Mitarbeitern.

Anmerkungen zu einer merkwürdigen Anzeige

Es paßt in das Bild der stil- und geschmacklosen Angriffe insbesondere des Vorsitzenden der SPD auf die Union und ihren Kanzlerkandidaten, daß die SPD wenige Tage vor ihrem Parteitag in Berlin am 28. November in verschiedenen Massenblättern — wie zum Beispiel „Abendpost/Nachtaus-

gabe“, „Bild“, „Express“ — eine Anzeige mit der Aufforderung an die Leser dieser Zeitungen erscheinen ließ: „Teilen Sie nächste Woche die Berichterstattung Ihrer Zeitung.“

Damit soll zum einen offenbar der schlimme Versuch gemacht werden, die vom Parteitag in Berlin berichtenden Journalisten bereits vorher einzuschüchtern, erklärte MdB Hans Hugo Klein. Erinnerungen an die bössartige „Helferhandbuch“-Kampagne im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1976 werden wach, die dann aufgrund der allgemeinen Kritik in der Öffentlichkeit so kläglich scheiterte.

Oder sollte etwa mit dieser Drohung bereits sozusagen vorbeugend einer negativen Berichterstattung über die demagogischen, unkontrollierten und unqualifizierten Haßtiraden, Wutausbrüche und Schimpforgien gegen die Union insgesamt und besonders gegen ihren Kanzlerkandidaten entgegengewirkt und von ihnen abgelenkt werden?

NRW-FDP kraft- und ideenlos

Fünf Monate vor der Landtagswahl hat sich die Rest-FDP des Landes Nordrhein-Westfalen als eine kraftlose, ideenlose und in sich zerstrittene Partei vorgestellt. Die FDP ist gespalten. Der neue Landesvorsitzende Hirsch kann mit der Solidarität seiner Mitglieder nicht rechnen. Zu keinem landespolitisch wichtigen Thema hat der Landesvorsitzende Hirsch eine politische Aussage machen können. Die FDP hat ihre Unfähigkeit bewiesen, die Herausforderungen des Landes zu bewältigen und die Zukunft Nordrhein-Westfalens zu gestalten.

Der Parteitag der FDP — so Kurt H. Biedenkopf — hat bestätigt, daß die Koalitionsregierung in Düsseldorf unfä-

hig ist, die energiepolitischen Probleme des Landes zu lösen und mit einer klaren Energiepolitik die Grundlagen der Wirtschaft und damit der Wohlfahrt der Bürger zu sichern.

Nachdem die SPD in Berlin ein praktisches Moratorium in der Entwicklung der Kernkraft und ihrer Technologie beschlossen hat, hat nun auch der FDP-Landesvorsitzende Hirsch den weiteren Ausbau der Kernenergie abgelehnt. Er hat sich damit in eindeutigen Widerspruch zum energiepolitischen Programm der Bundesregierung und des Bundeswirtschaftsministers gestellt.

SPD geht autoritär gegen private Schul-Initiative vor

Als Reaktion auf die Bildungspolitik der SPD kam es in jüngster Zeit in Bremen zu vier Initiativen für die Gründung von Privatschulen. Die bestehenden — so die Waldorfschule — erfreuen sich bereits vermehrten Zulaufs. Auf evangelischer Seite entstand eine Grundschule, die katholische Haupt- und Realschule erhält einen gymnasialen Zweig, die geplante Gründung der „freien Schule“ soll eine repressionsfreie Erziehung ermöglichen, und schließlich gibt es das Konzept eines ökumenischen Gymnasiums.

Die SPD hat sich auf die integrierte Gesamtschule als einzige Regelschule festgelegt und mit ihrer absoluten Mehrheit ein entsprechendes Schulgesetz verabschiedet.

Ein eigenständiges Gymnasium — und dann noch in privater Trägerschaft — hat da keinen Platz. Die SPD will dieses mit allen Mitteln verhindern. Das ist allein grundgesetzwidrig. Vielmehr wird der eindeutige Wille einer Minderheit von Eltern mißachtet. Dem Förderverein des ökumenischen Gymnasiums gehö-

ren 1 100 Mitglieder an, und 600 Kinder wurden angemeldet, um diese Schule möglichst schon vom kommenden Schuljahr an zu besuchen.

Klumpff warnt vor starker Bindung an die SPD

Nach Auffassung des saarländischen FDP-Vorsitzenden Werner Klumpff wäre die Position der Freien Demokraten stärker, wenn die FDP im Bund und in den Ländern nicht so überwiegend an die Sozialdemokraten gebunden wäre. Im Hessischen Rundfunk sprach sich Klumpff deshalb für eine ambivalente Haltung seiner Partei aus. Er äußerte sich besorgt darüber, wie sich die SPD entwickeln werde, wenn die jetzige Führungsgarnitur nicht mehr an der Spitze stehe. Die junge SPD denke anders als die alten Gewerkschaftler. Hier finde eine Veränderung statt, über die man sich Gedanken machen müsse. Für die Freien Demokraten gelte es, rechtzeitig Alternativen zu schaffen. Das könne freilich nur ein langfristiger Prozeß sein und gehe nicht von heute auf morgen.

Mehr Beiträge, aber weniger Spenden für die SPD

Um rund 200 000 DM hat die SPD im vergangenen Jahr ihre Beitragseinnahmen gegenüber 1977 auf insgesamt mehr als 9 Millionen DM steigern können. Ebenso wuchsen die Erstattungen von Wahlkampfkosten um rund 3 auf 9,4 Millionen DM und sonstige Erstattungen um rund 750 000 auf 4,7 Millionen DM. Dagegen sanken die Spenden, wie SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg vor dem SPD-Parteitag mitteilte, um fast 1 Million DM auf 603 000 DM.

DATENSCHUTZ

Gesetzentwurf der Union soll Bürger mehr als bisher schützen

Am 7. Dezember 1979 haben in Bonn der Vorsitzende des Bundesausschusses Innenpolitik der CDU, der ehemalige Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Heinz Schwarz, MdB, der Obmann der CDU/CSU im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Carl-Dieter Spranger, MdB (CSU), und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Datenschutz, MdB Paul Laufs, einen Gesetzentwurf für eine grundlegende Neufassung des Bundes-Datenschutzgesetzes vorgelegt.

Die CDU/CSU hat bereits bei der Verabschiedung des Bundes-Datenschutzgesetzes 1976 darauf hingewiesen, daß die Rechte der Bürger auf Schutz ihrer Privatsphäre gegenüber den immer perfekter werdenden Informationsspeichern und Rechenzentren der großen Bürokratien durch das Gesetz nicht wirksam geschützt werden, denn es ist lückenhaft und unzulänglich:

— Die Persönlichkeitsrechte der Bürger werden durch das Gesetz nur unvollkommen geschützt; dies gilt insbesondere für die Verwendung personenbezogener Daten bei öffentlichen Stellen.

— Im nicht-öffentlichen Bereich sind die Regelungen über den Datenschutz des Bürgers nicht ausreichend. Unvollständig sind insbesondere die Vorschriften über die Übermittlung, Sper-

rung und Löschung von personenbezogenen Daten sowie über die Verwendung von Persönlichkeitsdaten bei Auskunfteien.

— Die im Gesetz verwendeten Begriffe sind zum Teil ungenau und mißverständlich.

Die seit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1978 gemachten Erfahrungen und gesammelten Erkenntnisse zeigen eindrucksvoll, daß die aufgewiesenen Mängel so gravierend sind, daß mit der Novellierung nicht mehr länger gewartet werden darf. Anderenfalls droht die Gefahr, daß wichtige und berechtigte Ansprüche der Bürger auf Schutz ihrer Persönlichkeitssphäre unberücksichtigt bleiben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits bei der Verabschiedung des Bundesdatenschutzgesetzes im Jahre 1976 zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge gemacht, die aber wegen des Widerstandes der Koalitionsfraktionen nicht berücksichtigt worden sind.

Die in dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Novellierungsvorschläge treffen Regelungen zu folgenden Schwerpunkten des unbedingt erforderlichen Persönlichkeitsschutzes der Bürger:

1. Besserer Bürgerschutz gegenüber Behörden

— Der Ermessensspielraum der Behörden bei der Verarbeitung personenbezogener

zogener Daten wird eingeschränkt, weil diese Daten nur aufgrund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung verarbeitet werden dürfen.

— Der Bürger muß über die Verwendung seiner personenbezogenen Daten durch die Behörden besser und früher unterrichtet werden. Die Erstauskunft ist kostenlos.

— Der betroffene Bürger erhält einen Schadensersatzanspruch ohne Nachweis eines Verschuldens der Behörde bis zu 250 000 DM.

— Der Bürger erhält einen Rechtsanspruch auf Löschung der personenbezogenen Daten, wenn diese nicht mehr gebraucht werden.

2. Besserer Bürgerschutz gegenüber nichtöffentlichen Stellen

— Die Möglichkeit der Weitergabe personenbezogener Daten ohne Wissen des Betroffenen wird eingeschränkt.

— Das Geburtsdatum wird stärker als bisher geschützt.

— Die Datenverarbeitung bei Auskunfteien wird transparenter. Werden aufgrund einer Auskunft negative Entscheidungen getroffen, so ist das dem Betroffenen auf Verlangen mitzuteilen.

— Die speichernde Stelle ist verpflichtet, Daten, deren Kenntnis nicht mehr erforderlich sind, zu löschen.

3. Klarstellung und Bereinigung von Begriffen

— Zahlreiche Begriffe, wie der Dateibegriff, die wegen ihrer allgemeinen Fassung keinen wirksamen Schutz gegen Mißbrauch bieten, werden präzisiert.

— Bestimmungen, die sich nicht bewährt haben, werden gestrichen.

Das Bundesdatenschutzgesetz kann nicht alle Bereiche abschließend re-

geln. Besondere bereichsspezifische Regelungen müssen über das Bundesdatenschutzgesetz hinaus insbesondere für das Melderecht, das Sozialversicherungsrecht und die Sicherheitsbehörden getroffen werden. Im Melderecht muß gewährleistet werden, daß die umfassenden Personendaten der Bürger nur für Meldezwecke verwendet werden und ein Mißbrauch ausgeschlossen ist. Angesichts der bei den Sozial- und Gesundheitsbehörden gespeicherten Daten über die persönlichsten Bereiche der Bürger müssen klare und umfassende Regelungen zum Schutz gegen Mißbrauch und Weitergabe an Dritte getroffen werden. Bei den Sicherheitsbehörden müssen Vorschriften erlassen werden, die einerseits die berechtigten Interessen der Bürger auf Schutz ihrer persönlichen Daten gewährleisten, andererseits aber auch sicherstellen, daß diese Behörden nicht in unzumutbarer und unverhältnismäßiger Weise in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt werden.

Der vorgestellte Gesetzentwurf wird unverzüglich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegt werden. Er wird dort nach vorhergehender intensiver Beratung mit den zuständigen Arbeitskreisen als Initiativantrag der Fraktion im Deutschen Bundestag eingebracht werden, damit er noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann. SPD und FDP sind aufgefordert, sich endlich ihrer Verpflichtung zum Schutz der Bürgerrechte zu besinnen und der jetzt vorgelegten Gesetzesinitiative der Union ihre Zustimmung zu erteilen, damit zu Beginn des neuen Jahrzehnts die dringend erforderlichen gesetzlichen Vorschriften zum Schutz gegen den Mißbrauch personenbezogener Daten wirksam werden können.

SPORT

Steuererleichterungen für Vereine — ein Erfolg der Unionspolitik

Die Bundesregierung hat einige steuerliche Verbesserungen für gemeinnützige Vereine beschlossen. Sie kommt damit jahrelang gestellten Anträgen der CDU/CSU endlich teilweise entgegen. Im wesentlichen handelt es sich um folgende Verbesserungen.

Für Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Übungs-, Organisations- und Jugendleiter soll ein Freibetrag in Höhe von 2 400,— DM eingeführt werden. Die Union hat einen solchen Freibetrag seit Jahren gefordert, zuletzt durch Antrag vom 15. März 1979 (Bundestagsdrucksache 8/2668). Wir begrüßen, daß Koalition und Bundesregierung nun endlich ihre jahrelang ablehnende Haltung aufgeben wollen.

Auch kulturelle Vereine können zukünftig ihre gesamten Unkosten mit den Einnahmen aus kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen verrechnen. Die Bundesregierung entspricht damit einem von Baden-Württemberg initiierten Antrag des Bundesrats (vgl. Drucksache 8/3243).

Schachsport soll als gemeinnützig anerkannt werden. Auch damit wird endlich einer alten Forderung der Union entsprochen (zuletzt Antrag vom 15. März 1979). Die Union begrüßt insoweit die Beschlüsse der Bundesregierung. Allerdings sollte die Bundesregierung sich nicht mit fremden Federn schmücken, sondern offen bekennen, daß sie

damit lediglich Forderungen der CDU/CSU teilweise übernimmt.

Die Entscheidung der Bundesregierung kommt spät, stellte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sport, MdB Wolfgang Schäuble, fest. Die Verzögerung in der Zustimmung zu unseren Anträgen hat den gemeinnützigen Vereinen jahrelang zusätzliche Schwierigkeiten bereitet.

Die Maßnahmen der Bundesregierung sind im übrigen unzureichend. Große Probleme der Vereine bleiben ungelöst. So ist unverständlich, daß der Modellflugsport weiterhin nicht als gemeinnützig anerkannt werden soll. Die Spendenbescheinigungskompetenz bleibt den Sportvereinen vorenthalten, und die Erstattung von Ausbildungskosten an einen anderen gemeinnützigen Verein soll weiterhin in jedem Fall zum Verlust der Gemeinnützigkeit führen.

Insbesondere bleibt das Problem der eigenen Mittelbeschaffung der gemeinnützigen Vereine weiterhin ungelöst. Die Bundesregierung will weder dem Antrag des Bundesrats auf Erhöhung der Freibeträge für gemeinnützige Vereine folgen noch dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf bessere Abgrenzung der Zweckbetriebe in der Abgabenordnung. Die von der Bundesregierung vorgesehene Rücklagenbildung ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber diese Maßnahme reicht für sich allein nicht aus.

■ INFORMATION

Gespräch mit der evangelischen Kirche

Unter der Leitung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Professor D. Eduard Lohse, trafen sich am Montagabend, dem 10. Dezember, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, Mitglieder des Rates der EKD und des Präsidiums der CDU. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches standen Probleme der Medienpolitik. Dabei wurde von der CDU auf die Erklärung des Präsidiums zur medienpolitischen Situation vom 26. November 1979 verwiesen. Die Vertreter der CDU brachten ihr klares und uneingeschränktes Ja zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen zum Ausdruck, betonten aber die Notwendigkeit einer privatrechtlichen Ergänzung des bestehenden Rundfunksystems. Von seiten der EKD wurde betont, daß das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ohne Zweifel verbesserungsbedürftig, aber auch reformfähig sei. Der Prozeß des Nachdenkens über Reformen oder Neuordnungen in diesem Bereich sei jedoch auch innerhalb der EKD nicht abgeschlossen.

Weitere Gesprächsthemen waren die Deutschland- und Familienpolitik. Die Vertreter der CDU wiesen darauf hin, daß die Familienpolitik im bevorstehenden Wahlkampf einen besonderen Schwerpunkt darstellen wird. In diesem Zusammenhang kündigten sie die bevorstehende Veröffentlichung eines familienpolitischen Programms und eines Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens an.

Die Vertreter der EKD baten zum Abschluß darum, bei allen Überlegungen im Zusammenhang mit der zukünftigen Steuerpolitik auch die Folgen für die sozialen Aktivitäten und den seelsorgerlichen Dienst der Kirchen in der Gesellschaft zu bedenken. Beide Seiten kamen überein, das Gespräch möglichst bald fortzusetzen.

Intensivere Kontakte mit der Democrazia Cristiana

Helmut Kohl traf in Bonn zu einem Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der Fraktion der Democrazia Cristiana im italienischen Senat, Senator Guiseppe Bartolomei, zusammen. Im Vordergrund der Gespräche standen neben bilateralen Themen Fragen der Europapolitik. Ausführlich ging Senator Bartolomei auf die innenpolitische Lage Italiens im Vorfeld des im Januar 1980 stattfindenden Kongresses der Democrazia Cristiana ein. Beide Gesprächspartner bekräftigten die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen CDU und Democrazia Cristiana. Zu diesem Zweck sollen auch die Kontakte zwischen Parlamentariern beider Parteien zukünftig intensiviert werden. Es wird angestrebt, bereits im Frühjahr 1980 derartige Gespräche mit festgelegten Sachthemen durchzuführen.

Bundestagswahlkampf stand im Mittelpunkt

Auf Einladung der CSU tagte die regelmäßige Landesgeschäftsführer-Konferenz unter Leitung des Bundesgeschäftsführers, Ulf Fink, am 5. Dezember 1979 in München im Haus der CSU. Im Vordergrund der Beratungen standen die Vorbereitungen auf die Bundestagswahl 1980, die Berichte der wahlkampf führenden Landesverbände Ba-

den-Württemberg, Saarland und Nordrhein-Westfalen und ein Bericht des Generalsekretärs der CSU, Edmund Stoiber.

Der Generalsekretär der CSU begrüßte die gute Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU. Die CSU wolle alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Bundestagswahl 1980 erfolgreich abzuschließen. Dazu gehöre — neben der Darstellung des personellen Angebots der Union — auch schwergewichtig die Herausstellung der Sachalternativen.

Mehr Hilfe für Opfer von Gewalttaten

Die CDU/CSU-Fraktion ist aufgrund der Erfahrungen der Praxis mit dem im Jahre 1976 verabschiedeten Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten der Auffassung, daß dieses Gesetz in seiner jetzigen Form allein nicht ausreicht, um in allen Fällen den Opfern von Gewalttaten eine wirkungsvolle und angemessene Hilfe und Entschädigung zu gewährleisten, erklärte MdB Anton Stark.

Von den Rechtspolitikern der CDU/CSU-Fraktion wurden deshalb Überlegungen angestellt, Härten und Lücken des Gesetzes aus dem Jahre 1976 entweder durch eine Novellierung dieses Gesetzes zu beseitigen oder aber alternativ eine Stiftung für Opfer von Gewalttaten einzuführen, mit der in solchen Härtefällen relativ unbürokratisch geholfen werden kann. Die finanzielle Ausstattung einer solchen Stiftung soll nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion auch mit Geldbußen und Geldstrafen von Straftätern gefördert werden.

In diesem Zusammenhang wird auch überlegt, dem Opfer einer Gewalttat einen Beistand zur Durchsetzung seiner berechtigten Ansprüche beizuordnen.

Freikauf aus DDR auch zugunsten Krimineller?

Die Bundesregierung ist aus Unionsreihen um Auskunft darüber ersucht worden, wie sie sicherstellt, daß ihr aus humanitären Gründen veranlaßter „Freikauf“ von in der DDR Inhaftierten nicht auch Kriminelle begünstigt. Der CDU-Rechtsexperte Benno Erhard stellt in diesem Zusammenhang die konkrete Frage an die Regierung, ob es zutrefte, daß ein kürzlich aus der DDR für 40 000 Mark „Freigekaufter“ an der Brandstiftung im Berliner Kaufhaus des Westens (KaDeWe) und der versuchten Erpressung der Kaufhausleitung in Höhe von einer Million Mark maßgeblich beteiligt gewesen sei.

Rückschläge für den ländlichen Raum

Einen Rückschlag für den ländlichen Raum bedeutet die Ablehnung der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Novelle zum Kreditschutzwesen mit den Stimmen von SPD und FDP im federführenden Finanzausschuß des Deutschen Bundestages. Mit dieser Novellierung sollten kleinere Banken mit einer Bilanzsumme unter 20 Mill. DM von der Pflicht entbunden werden, einen 2. hauptamtlichen Geschäftsführer zu bestellen.

Die CDU/CSU-Fraktion wollte kleinere Banken, die hauptsächlich im ländlichen Raum anzutreffen sind, von dem Zwang zur Fusion oder Aufgabe entbinden. Nach Auffassung der Union sollen diese über ihre Zukunft selber entscheiden können. Nach Abzug vieler öffentlicher Einrichtungen aus den Dörfern ist der Verlust der selbständigen Banken ein weiterer schwerer Schlag für den ländlichen Raum.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

14. 12. LV Hessen
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Grünberg
14. 12. LV Hessen
Landesvorstand
Grünberg
14. 12. LV Schleswig-Holstein
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Kiel
14. 12. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
14. 12. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand
14. 12. LV Braunschweig
Landesvorstand, Wolfenbüttel
15. 12. LV Rheinland und
LV Westfalen-Lippe
8. Landesversammlung
15. 12. LV Braunschweig
Landesparteitag, Wolfenbüttel
17. 12. LV Rheinland
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Köln
17. 12. CDU — Bund
BFA Außenpolitik, Bonn
17. 12. CDU Niedersachsen
Landes-, Bezirks- und
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Hannover

19. 12. LV Berlin
Landesvorstand mit MdBs, Berlin
9. 1. CDU — Bund
BFA Jugendpolitik, Bonn
- 11./12. 1. CDU — Bund
Sicherheitspolitischer Kongreß
Bonn
14. 1. CDU — Bund
BFA Kulturpolitik, Bonn
18. 1. LV Saar — Sozialausschüsse
Außerordentliche Landestagung
Neunkirchen
- 18./19. 1. CDU Niedersachsen
Klausurtagung des Vorstandes
Hannover
21. 1. CDU — Bund
Präsidium, Bonn
26. 1. LV Saar
Landesparteitag, Saarbrücken
28. 1. CDU — Bund
Bundesvorstand
2. 2. LV Westfalen-Lippe
300er Versammlung zur Wahl
der Wahlmänner für die gemein-
same Vertreterversammlung
8. 2. LV Braunschweig
Landesvorstand / Landesausschuß
Braunschweig
11. 2. CDU — Bund
Präsidium
- 20./21./22. CDU — Bund
Bauernkongreß, Oldenburg
22. 2. KPV der CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Stuttgart

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId